Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 246. Sonnabend den 3. September 1881. 75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 4. September, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß zu dem aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Verleihung der Constitution in den hiesigen Kirchen am 4. September d. J. abzuhaltenden Dank- und Festgottesdienst **in der Thomaskirche** für die **Mitglieder des Raths- und Stadtverordneten-Collegiums**, sowie für **die königlichen Behörden** Plätze, womöglich im Schiffe der Kirche, reservirt werden.

Leipzig, am 27. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 17. September d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:

Nr. 41. Verordnung zur weiteren Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beglaubigungen bei Justiz- und Verwaltungsbehörden betreffend; vom 4. August 1881.

Nr. 42. Bekanntmachung, die Richtungslinie der Schwarzenberg-Johanngeorgenstädter Staatseisenbahn betreffend; vom 5. August 1881.

Nr. 43. Bekanntmachung, die Versammlung der Stände des Königreichs Sachsen zum nächsten ordentlichen Landtage betreffend; vom 8. August 1881.

Nr. 44. Bekanntmachung, eine Prioritäts-Anleihe der Actiengesellschaft Steinkohlenbau-Verein Hohndorf betreffend; vom 9. August 1881.

Leipzig, den 1. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Stoß.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 3. September.

Die preußisch-deutsche Regierung hat mit der Curie einen nothdürftigen Frieden abgeschlossen und alsbald den Termin für die Reichstagswahlen, welche am 27. October stattfinden sollen, bekannt gemacht. Es handelte sich also darum, in zwölfter Stunde mit Thatsachen hervortreten zu können, um den ultramontanen Wühlereien nach Möglichkeit den Boden zu entziehen und das Centrum für die Unterstützung von der Regierung ergebenen Candidaten zu gewinnen. Immerhin bedarf die Taktik der Regierung dem Vatican gegenüber noch sehr der Aufklärung.

Von hochbeachtenswerther liberaler Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, wie vieldeutig und diplomatisirend die Fassung ist, in welchen der „Reichsanzeiger" den Abschluß der Verhandlungen wegen Wiederbesetzung des Bisthums in Trier meldete. Es ist in dieser Mittheilung mit keiner Silbe von der einstmaligen Absetzung des Bischofs Eberhard die Rede, mit welcher für die Regierung der bischöfliche Stuhl in Trier doch schon erledigt war, sondern das preußische Staatsministerium stellt sich ganz auf den Standpunct der Curie, für die allerdings eine Stuhlerledigung erst mit dem Tode des Bischofs Eberhard eintrat. Indem ferner nur von einer Ernennung des Herrn Korum durch päpstliches Breve die Rede ist, wird stillschweigend anerkannt, daß eine andere Absetzung als durch den Papst fortan nicht erfolgen kann und darf.

Wohin man sieht, Nichts als Zugeständnisse des Staates und nirgends eine Gegenleistung des Vaticans! Die Regierung verpflichtet sich, die Anzeigepflicht abzuändern, den kirchlichen Gerichtshof durch eine Ministerialcommission, also eine biegsame, wenig Vertrauen erweckende Verwaltungsinstanz, zu ersetzen, das Gesetz, betreffend die Gehaltssperre, zu beseitigen, die Vorbildung der Geistlichen theilweise den Seminaren und Convicten zurückzugeben, die Curie aber thut Nichts, als daß sie sich in Personenfragen schweigsam zeigt und die Compromittirten des Culturkampfs, die Ledochowski und Melchers, gleichgültig fallen läßt. Verständlich genug ist freilich, daß Fürst Bismarck, der die lebendige persönliche Wechselwirkung stets höher als die Institutionen durch Gesetze gestellt hat, hierin ein Entgegenkommen gegen seinen eigensten Standpunct findet. So lange er selber das Heft in der Hand hat, mag der Schade wohl erträglich sein. Aber, wer bürgt dafür, daß nicht wieder ein Zeitpunct kommt, wo die „friedliebenden" Kirchenfürsten, denen man jetzt entgegenzukommen hat, sich als Träger vaticanischer Unduldsamkeit entpuppen und wo die leichten Herzens aufgegebenen Außenwerke staatlicher Souveränetät in schweren Kämpfen zurückerobert werden müssen?

Die Sorge für die Zukunft ist eine so allgemeine, daß man es von ehrlichen und gemäßigten Conservativen aussprechen hören kann, es gebe höhere staatliche und Parteigesichtspuncte als diejenigen wirthschaftlicher Natur und es sei unter Umständen denkbar, daß wieder wie zu den Zeiten des Ministeriums Falk die Fractionsunterschiede von Rechts und Links verblassen zu Gunsten des gemeinsamen Kampfs für die Würde des weltlichen Staats. Waren es doch wenigstens die Freiconservativen nicht, bei denen sich das Centrum für die Erleichterungen des Puttkamerschen Friedensgesetzes zu bedanken gehabt hat.

Wie sehr übrigens die Anmaßung der Ultramontanen in Folge der neuesten Wendung der kirchenpolitischen Frage gestiegen sind, das kann man recht deutlich an der Generalversammlung der schlesischen Katholiken sehen, die gegenwärtig in Frankenstein tagt. Die dort gehaltenen Reden tragen ein hohes Maß von Zuversicht und Uebermuth zur Schau. Was bisher zur Besänftigung des Culturkampfes geschehen, bezeichneten die dortigen Redner, z. B. der Abgeordnete Franz, als eine ganz dürftige und unzulängliche Abschlagszahlung, die Katholiken aber wollten die ganze Schuld abgetragen wissen. Einzelne Maßregeln nützten nicht, wenn die Grundsätze aufrecht erhalten würden. Die Regierung müsse so viel Einsicht und Patriotismus besitzen, von den Irrthümern der Kirchenpolitik abzugehen. Nie könne man mit halben Maßregeln und discretionairen Gewalten sich zufrieden geben. Die Katholiken verlangten nur ihr gutes wohlerworbenes Recht. In dieser Tonart geht es weiter. Der Staat hat nach den dort wieder vorgetragenen Anschauungen schweres Unrecht begangen und ist verpflichtet, es wieder gut zu machen, indem er den Culturkampf gänzlich aufgiebt, d. h. die ganze neuere kirchenpolitische Gesetzgebung widerruft. Von ihm allein ist das Unrecht ausgegangen; er allein hat die Opfer zu bringen, die den Frieden wiederherstellen können.

Nicht die leiseste Anerkennung hört man, daß die Kirche oder der deutsche Ultramontanismus das Ihre zur Entstehung und Verschärfung des Streits beigetragen hätten und daß auch die Curie ihren Antheil an der Wiederherstellung des Friedens darbringen müsse. Und bei alledem, wenn man erwartet, das Centrum werde den Lohn für die Beendigung des Culturkampfes auf wirthschaftspolitischem Gebiet abstatten, so klingen alle neueren Kundgebungen dieser Partei sowohl in der Presse als auf der schlesischen Generalversammlung mehr als zurückhaltend; sie lauten in den wichtigsten Fragen, der Steuerreform, des Staatszuschusses zu der Versicherung u. a., entschieden ablehnend.

Wir fürchten, die Rechnung, für die Lieblingspläne des Reichskanzlers auf wirthschaftlichem Gebiet im Centrum gefügige Anhänger zu finden, erweist sich hinterher als trügerisch und der Preis im Culturkampf als umsonst bezahlt. Dabei wollen wir von dem Umstand noch ganz absehen, daß mit einer wirklichen Beendigung des kirchlichen Kampfes das Centrum jede Existenzfähigkeit verliert und dauernd unmöglich bestehen kann, dem Reichskanzler also die mühsam geschaffene Majorität sehr bald unter den Händen wieder zerrinnen würde.

Der Plan einer Altersversicherung für Arbeiter ist vorläufig nur eine leicht hingeworfene Idee, noch sehr entfernt von bestimmten gesetzgeberischen Vorschlägen; kaum die nothdürftigsten Vorarbeiten dazu mögen bereits begonnen haben, und es ist bei dem großen Umfang und der ungemeinen Schwierigkeit der dabei in Betracht kommenden Fragen ganz selbstverständlich, daß die Zeit, wo dies lustige Project sich zu einem bestimmten Gesetzentwurf verdichtet haben wird, noch gar nicht abzusehen ist.

Der Reichstag hat sich vielleicht in der ganzen Gesetzgebung mit diesem Gegenstand noch nicht zu beschäftigen; vielleicht schreckt auch das tiefere Eindringen in das Problem überhaupt von dem Versuche ab, die Sache weiter zu verfolgen. Daß die Angelegenheit auf alle Fälle noch sehr im weiten Felde steht, hat auch die „Provinzial-Correspondenz" zugegeben. Es liegt für Publicisten und Politiker dermalen kaum ein Anlaß vor, sich mit der Frage anders als in theoretischer Weise zu beschäftigen. Es hat auch nicht den Anschein, als ob das Project sehr mächtig in die Wahlbewegung eingreifen werde; sollten an dasselbe in dieser Hinsicht große Erwartungen geknüpft worden sein, so werden sie wohl getäuscht werden.

Die socialistisch zersetzten Arbeiterkreise, auf welche diese Idee zunächst zu wirken geeignet wäre, verhalten sich sehr kühl und zurückhaltend; sie haben sich noch nicht daran gewöhnen können, das Heil von der Stelle zu erwarten, von der es ihnen neuerdings geboten wird. So fern und nebelhaft aber einstweilen dies großartig umwälzende Project vor uns steht, um so bestimmter werden wir uns in der nächsten Zeit wieder mit der Unfallversicherung zu beschäftigen haben.

Die öffentliche Behandlung dieses Thema geht noch mit ungeschwächter Kraft fort. Wenn die Regierung aus den Reden der meisten Mandatsbewerber und den Erörterungen der Presse sich ein Urtheil über die Stimmung des künftigen Reichstags zu diesem Gegenstand bilden wollte, so müßte sie zu der Ueberzeugung kommen, daß das Gesetz nur unter wesentlichen Abänderungen Aussichten hat, im neuen Reichstag ein besseres Loos zu finden als im alten. Der hauptsächlichsten Klippe des Anstoßes gegenüber, dem Staatsbeitrag, ist die Stimmung keineswegs günstiger geworden. Auf liberaler Seite hat man nirgends eingeräumt, mit dem Widerstand gegen diesen Vorschlag einen Fehler begangen zu haben, und mit größter Entschiedenheit haben auch neuerdings wieder beachtenswerthe Stimmen aus dem Centrum diesen Bestandtheil des Gesetzentwurfs als gänzlich unannehmbar bezeichnet, so dieser Tage die „Germania" in einem eingehenden Artikel.

Wo soll da eine Mehrheit herkommen, wenn das Gesetz wiederum mit diesem Vorschlage erscheint? Es wäre höchst wünschenswerth, die Regierung machte sich rechtzeitig klar, was zu erreichen ist und begnügte sich damit.

Ueber den Empfang des Kaisers in Hannover liegt heute die folgende ausführlichere Mittheilung vom Donnerstag vor: Se. Majestät ist heute Nachmittag 4 Uhr 35 Minuten allhier eingetroffen. Der Kaiser wurde auf dem prachtvoll geschmückten Bahnhof von der Generalität und den Spitzen der Behörden empfangen und begab sich von da aus in einem sechsspännigen offenen Wagen, in welchem neben dem Kaiser Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht Platz genommen hatte, in die festlich geschmückte Stadt, überall von der versammelten Menge mit jubelnden Zurufen begrüßt. Am Bahnhofsplatz war ein großer Triumphbogen errichtet, welchen eine Colossalgruppe, Stadt und Land Hannover darstellend, krönte. Im Momente, wo des Kaisers Ankunft erfolgte, hatte sich das Regenwetter aufgeklärt.

Es ist auffällig genug, daß die Officiösen, die sonst ebenso kritiklos als beharrlich das Geschäft des Ableugnens betreiben, kein Wort der Entgegnung für die Meldungen fanden, nach denen die Stellung des Herrn v. Kendell in Rom erschüttert sei. Sie konnten freilich die Nachricht nicht gut ableugnen, da sie (man muß sagen: leider) wohl begründet ist. Wenn dieselbe noch einer Bestätigung bedurfte, so liegt diese nunmehr in der Mittheilung, daß Herr v. Schlözer, der deutsche Gesandte in Washington, die Unterhandlungen mit dem Papste führe, offenkundig vor. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man in diesem, bisher wenig in den Vordergrund getretenen Diplomaten den zukünftigen Botschafter des Reichs beim Quirinal erblickt.

Herr v. Treitschke beabsichtigt, sich der Fraction der deutschen Reichspartei anzuschließen, falls seine Kreuznacher Wähler ihn noch einmal mit der Ehre ihrer Vertretung im Reichstage betrauen sollten.

Die „Elsaß-Lothringische Zeitung" schreibt, daß in letzter Zeit eine Gruppe von Arbeitern, die aus dem rechtsrheinischen Deutschland stammten und in Straßburg wohnhaft seien, Verbindungen mit den Führern der deutschen Socialdemokratie angeknüpft hätten. Es sei Pflicht der Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln solchen Bestrebungen entgegenzutreten, um das Land vor der Einschleppung des socialdemokratischen Giftes zu bewahren und jede darauf abzielende Bewegung schon im Keime zu ersticken. Im Bewußtsein der mit seinen Vollmachten verbundenen Verantwortung und der ihm obliegenden Pflichten habe der kaiserliche Statthalter die Ausweisung zweier dieser Personen aus dem Reichslande befohlen, welche erwiesenermaßen mit Führern der deutschen Socialdemokratie in Verbindung getreten seien, um deren Bestrebungen nach Elsaß-Lothringen zu verpflanzen.

Wie der „Nationalzeitung" aus Paris telegraphirt wird, erhalten die schlimmen Nachrichten aus Tunis volle Bestätigung, dagegen scheinen thatsächlich die letzten, auch von der „Agence Havas" verbreiteten Hiobsposten aus Algerien übertrieben gewesen zu sein, obgleich die dortige Lage ebenfalls sehr bedenklich ist. Aus Constantine wird gemeldet, daß die tunesischen Grenzstämme in Masse nach Tebessa kommen und dort zu jedem Preise ihre Schafe, Ziegen, Ochsen verkaufen, um dagegen Pferde und Maulthiere einzuhandeln. Man schließt daraus, daß der Aufstand in Tunesien immer größere Verhältnisse annehmen werde. Die gesammte Pariser Presse mit Ausnahme der gambettistischen geht neuerdings mit den heftigsten Angriffen gegen den Kriegsminister Farre vor und verlangt dessen Absetzung, damit seine Unfähigkeit nicht noch größeres Unglück herbeiführe. Freycinet verwahrt sich dagegen, daß er einwilligen werde, das Kriegsministerium zu übernehmen. In dem Briefe, den der Ministerpräsident Jules Ferry an seine Wähler gerichtet hat, erklärt Derselbe, das Ergebniß der Wahlen habe die vollständige Zustimmung des Landes zu der von der bisherigin Kammer und der jetzigen Regierung befolgten Politik dargethan und gezeigt, daß das Land keine Aenderung dieser gemäßigten und fortschrittlichen Politik wolle. Uebrigens lassen alle Nachrichten aus Frankreich erkennen, daß, wenn Gambetta die Ministerpräsidentschaft übernehmen will, er sie erkämpfen muß. Das wenigstens scheint das Ergebniß der Verhandlungen, die der Präsident Grevy mit dem Ministerpräsidenten Ferry in des Letzteren Landsitz Mont-sur-Baudrey jetzt gehabt hat, zu sein. Alsbald nach der Rückkunft Ferry's von dort veröffentlichte die hochofficiöse „Correspondance Havas" die folgende Note: „Alle Gerüchte über Neubildung und Veränderung des Ministeriums, wie die von einer beschleunigten Zusammenberufung der Kammern sind ungegründet." Es ist das die klare und deutliche Antwort Grevy's auf die Erklärung Gambetta's in der „République française", zur Uebernahme des Ministeriums bereit zu sein; die Ablehnung ist damit geschehen. Ferry hat weiter, wie man aus Paris meldet, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, in dem Ausfall der Wahlen sähe die Regierung ein Vertrauensvotum für sich. Ferry will es also zum Kampfe mit Gambetta kommen lassen und die Organe des Letzteren nehmen die Note schon höher, der radicale Ton wird wieder mehr forcirt und das Wahlprogramm der Gambettisten in Belleville für die kommende Nachwahl geht sehr erheblich über das erste Programm Gambetta's hinaus. Man darf daher ungewöhnlich bewegten Sessionen entgegensehen, wenn es Ferry nicht gelingt, mit Gambetta schließlich doch noch eine Vereinigung abzuschließen. Im Augenblick hat Gambetta sich thatsächlich zwischen zwei Stühlen niedergelassen, dem Stuhl des Präsidenten der Deputirtenkammer, den ihm Brisson wegzieht, und dem Stuhl des Ministerpräsidenten, den Herr Ferry eben mit einem hörbaren Ruck unter Gambetta, der sich eben darauf niederlassen wollte, an sich herangezogen hat. Gambetta bereitet eine große agitatorische Rundreise vor und sein Verfolger Rochefort heftet ihm alsbald den Witz an, er fahre mit der ängstlichen Beweglichkeit einer vergifteten Ratte umher.

Zur militairischen Lage in Tunis und Algier erhalten wir noch die folgenden telegraphischen Meldungen aus Paris vom Donnerstag:

Von Toulon und Marseille sind gestern mehrere Bataillone theils nach Tunis, theils nach Algier abgegangen; 8 Bataillone sind zur Besetzung Sufas bestimmt. — Aus Tunis wird gemeldet: Die Colonne des Oberst Correard, welche den Weg von Tunis nach Hammamet freimachen und die Aufständischen auf sich lenken sollte, um die Besetzung von Hammamet durch die in Goletta eingeschifften Truppen zu erleichtern, schlug zwei gegen sie gerichtete heftige Angriffe — am 26. v. M. bei Erbaim und am 29. v. M. bei Gombella — zurück und verlor dabei einige 20 Mann, während die Araber gegen 1000 Mann Todte und Verwundete hatten. Nach der gestern Morgen erfolgten Besetzung von Hammamet ist die Colonne des Oberst Correard nach Hammamlif zurückgegangen, um sich zu verproviantiren, dieselbe wird aber mit Verstärkungen wieder vormarschiren, um einen Punct zwischen Hammamet und Zoghuan zu besetzen und diese Gegend, in welcher sich augenblicklich alle aufständischen Banden von Tunis concentrirt haben, zu säubern. — Telegramme aus Oran melden, daß die Proviantzufuhren für Mecheria sistirt seien, wo ein Centralpunct für die zum Herbstfeldzug erforderlichen Vorräthe geschaffen werden soll. Die für den Herbstfeldzug bestimmten Truppen werden 10,000 Mann zählen. — Die Journale von Algier fordern, daß der 1845 mit Marokko abgeschlossene Vertrag gekündigt werde, damit jedem Streite bezüglich der Gebiete vorgebeugt werde, nach welchen die Aufständischen etwa von dem für den Herbstfeldzug bestimmten Expeditionscorps verfolgt werden könnten.

Landtag.

† Dresden, 1. September. Die Zweite Kammer der Ständeversammlung trat heute Abend 6 Uhr zu ihrer ersten öffentlichen Präliminarsitzung zusammen.

Derselben wohnten bei die Herren Staatsminister von Nostitz-Wallwitz, Cultusminister Dr. von Gerber und Finanzminister von Könneritz.

Der derzeitige Präsident Herr Bürgermeister Haberkorn aus Zittau eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Den 4. d. M. tritt der Tag zurück, an welchem vor 50 Jahren durch die Verleihung der Verfassungsurkunde das Königreich Sachsen zu einem constitutionellen Staate erhoben wurde.

Wohl verdient es dieser Tag, daß er ganz besonders ausgezeichnet werde; denn die Verfassungsurkunde war es, welche uns die werthvollsten Rechte, das volle Gesetzgebungs- und Bewilligungsrecht, einräumten und die Grundsätze anderer constitutioneller Staaten auch in Sachsen zur Geltung brachte.

Der hochherzigen Gesinnung zweier selig verstorbener Könige, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden, verdanken wir diese Verfassung, für deren Zustandekommen Sachsens Regentenhaus nicht unbedeutende Opfer brachte, um mit seinem Sachsenvolke in Frieden und Eintracht zu leben und demselben gerecht zu werden.

Wandlungen unterliegen aber nicht nur Sitten und Gebräuche, sondern auch Gesetze und so sind denn auch die 50 Jahre an unserer Verfassung nicht spurlos vorübergegangen.

Die Forderungen der Zeit erheischten nach Begründung eines einigen deutschen Reichs größere Beschränkungen der Rechte der einzelnen Staaten und die Uebertragung derselben auf eine größere Vertretung, den deutschen Reichstag. Dessenungeachtet aber bleibt unsere Verfassung das werthvollste sächsische Gesetz, was wir hoch zu halten, in seinem jetzigen Bestande zu vertheidigen haben.

Um nun an dem Tage, an welchem vor 50 Jahren die Verfassung dem Königreich Sachsen verliehen wurde, seine getreuen Stände um sich versammelt zu sehen, hat Se. Majestät der König diesen ordentlichen Landtag früher als sonst gewöhnlich zusammenberufen. Sie haben diesem Rufe durch zahlreiches Erscheinen Folge geleistet und heiße ich Alle herzlichst in diesem Saale willkommen!

Zur Tagesordnung übergehend, theilte zunächst Herr Präsident Haberkorn mit, daß der im 22. städtischen Landtagswahlkreise gewählte Abgeordnete Hermann Grimm aus Reichenbach am 27. August nach kurzem schweren Leiden aus dem Leben geschieden sei. Die Kammer ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Des Weiteren constatirte der Herr Präsident, daß sämmtliche Abgeordnete der Zweiten Kammer zur heutigen Sitzung erschienen seien, mit Ausnahme des Abgeordneten Rechtsanwalt Freytag in Leipzig, der sein Nichterscheinen durch dringende Berufsgeschäfte entschuldigt habe.

Hierauf erfolgte, nach Maßgabe des §. 6 der Landtagsordnung vom 12. October 1874, durch das Loos die Theilung der Kammer in 5 Abtheilungen, welchen die Prüfung der Legitimationen und der Wahlen obliegt.

Nach geschehener Auslosung zogen sich die Abtheilungen zurück, um sich sofort zu constituiren.

Nach kurzer Pause wurde das Resultat der Constituirung bekannt gegeben. Hiernach sind gewählt worden:

in der I. Abtheilung: die Abgg. Grahl als Vorsitzender, v. Seydewitz als Stellvertreter, Dr. Schmidt und Ruppert als Secretaire;

in der II. Abtheilung: die Abgg. May als Vorsitzender, Schreck als Stellvertreter, Uhle-Plauen und v. Römer als Secretaire;

in der III. Abtheilung: die Abgg. Stephani als Vorsitzender, Heger als Stellvertreter, Starke und Ahnert als Secretaire;

in der IV. Abtheilung: Die Abgg. Ackermann als Vorsitzender, Dr. Schaffrath als Stellvertreter, Möbius und von Posse als Secretaire;

in der V. Abtheilung: Die Abgg. Haberkorn als Vorsitzender, Oehmichen als Stellvertreter, Speck und Georgi als Secretaire.

Die zweite Präliminarsitzung findet morgen Vormittag 10 Uhr statt. Auf deren Tagesordnung steht die Wahl des Directoriums.

Sedanfeier in Leipzig

I.

* Leipzig, 2. September. Wiederum feiert unser deutsches Volk seinen Sedantag, wieder erinnern sich heute Millionen treuer deutscher Herzen mit Rührung und Dankbarkeit der Stunden, in denen vom Strande der Maas die Kunde in Deutschlands Gauen scholl, daß einer der größten Siege, welche die Weltgeschichte kennt, erfochten, daß das ganze feindliche Heer, Frankreichs Kaiser an der Spitze, nach schwerem blutigen Kampfe die Waffen gestreckt habe und gefangen sei. Wenn hier und da die ernsthafte Frage aufgeworfen worden, ob, nachdem ein Jahrzehnt seit jenem denkwürdigen Tage verflossen, es noch an der Zeit sei, den 2. September als Nationalfesttag zu begehen, so hat die große Mehrheit des deutschen Volkes die Antwort darauf schon gegeben, denn nach allen vorliegenden Berichten werden sich auch in diesem Jahre nur verschwindend wenige Orte von der Feier ausschließen. Unsere Stadt Leipzig insonderheit hält unverbrüchlich an der Feier fest und es wetteifern in ihr alle Kreise der reichstreuen Bürgerschaft, den Ehrentag deutscher Nation so festlich und glänzend wie nur möglich zu gestalten. Die Straßen und Häuser haben sich überreichlich mit Fahnen, Flaggen und anderen Decorationsgegenständen geschmückt und die ganze Physiognomie der Stadt zeigt, daß heute kein Arbeits-, sondern ein allgemeiner Festtag ist. Ein reges festliches Treiben ist überall schon vom frühen Morgen, wo die Regimentscapellen durch ihre Reveillen die noch nicht erwachten Schläfer ermunterten, in allen Theilen der Stadt zu treffen, viele Geschäftslocale sind gar nicht eröffnet worden, und von denjenigen, welche Vormittags sich aufgethan, ist bestimmt anzunehmen, daß sie sich von Mittag an schließen werden. Zu allem diesen festlichen Thun giebt auch der Himmel seinen Segen, denn nach langer Zeit unbeständigen und ungünstigen Wetters sind die trüben Wolken verflogen, der blaue Himmel breitet sich über dem Feste aus und warmer Sonnenschein, der nun einmal zum Gelingen großer festlicher Veranstaltungen nothwendig ist, strahlt vom Horizonte herab. Ein altes Sprüchwort besagt zwar, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, indessen die herrschende Luftströmung, ein leichter Ostwind, scheint das Wetterglück für den ganzen Festtag verbürgen zu wollen.

Die Festfeier am gestrigen Abend vollzog sich ganz im Rahmen der althergebrachten Ordnung. Gegen 7 Uhr sammelten sich die Theilnehmer des Zuges nach dem Napoleonstein auf dem Platze hinter der städtischen Turnhalle und man konnte die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß die Betheiligung an diesem Zuge gegen frühere Jahre sich nicht vermindert hatte, sondern eher noch gestiegen war. Nachdem die Fackelträger ihre Fackeln entzündet

SLUB
Wir führen Wissen.